

## **Thesen zur Partei "Alternative für Deutschland" (April 2014, Avanti Bremen)**

Einleitung: Rechtspopulismus

Wenn man über die AfD spricht, taucht immer wieder der Begriff Rechtspopulismus (in Abgrenzung zu "Rechtsextremen", zu Konservativen usw.) auf.

Der Begriff soll nicht suggerieren, dass es sich um irgendwie "harmlosere" Rechte handelt, als zum Beispiel die NPD, dass die Gefahr hier nur häufig anders gelagert ist und das Auftreten massiv anders ist. Gleichzeitig verstehen wir unter Rechtspopulismus nicht nur eine bloße Stilfrage, sondern ideologische Inhalte, die eben mit einer bestimmten Form verknüpft werden.

Der zentrale ideologische Moment ist die Gegenüberstellung einer homogenen Masse ("Volk", Bürger\_innen, Bevölkerung) zu den (korrupten) Eliten (Politik, Wirtschaft) --> der Populist will Politik "im Namen des Volkes machen", wobei zum "Volk" eben nur ganz bestimmte Menschen gehören (Anknüpfungsmöglichkeiten für Rassismus, Leistungsideologie etc.).

Militante Mittel und Gewalt zur Durchsetzung sind dabei allerdings keine Instrumente -zumindest offiziell-, da das die gegenwärtige Situation (in Deutschland) nicht erfordert, weshalb Rechtspopulist\_innen sich häufig positiv auf Grundgesetz und damit verbunden "Meinungsfreiheit" berufen. Stilistisch nutzen Rechtspopulist\_innen den Tabubruch ("das wird man ja wohl noch sagen dürfen"), die Instrumentalisierung und Kanalisierung realer Ängste und, v.a. bei der AfD, das Mittel Autorität durch besondere Kompetenz (Politik wird angeblich nicht „von oben herab“, sondern rational und technokratisch von Akademiker\_innen mit den besten Absichten für das deutsche Volk gemacht)

Verschiedene Themenschwerpunkte in denen der Dualismus "Wir" - "Die Anderen" immer wieder auftaucht:

"Anständige\_r, fleißige\_r Bürger\_in" vs.: x

- Ärmere, Bezieher\_innen von Sozialleistungen
- Straftäter\_innen (Forderungen nach Law and Order)
- Migrant\_innen, "kulturell" andere (oft verknüpft mit den ersten beiden)
- ganzes System (Eliten, Politiker\_innen)

### **1) Die AfD hat die Krise genutzt, um verunsicherte Menschen mit Ängsten vor sozialem Abstieg und Wohlstandsverlust anzupreisen und als Wähler\_innen für sich zu gewinnen.**

Trotz des deutschen Wirtschaftswachstums und obwohl Deutschland der größte Gewinner der Krise ist, sieht die AfD „die deutschen Interessen“ angegriffen. Als Motivation für die Gründung der Partei nennt sie die „ernste Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen“, wobei sie eine scharfe Kritik an der Euro-Politik der EU äußert. Die Euro-Rettungspolitik sei ein „Fass ohne Boden“. Als Lösung führt die AfD das schrittweise Ausscheiden der südeuropäischen Staaten aus dem Euro an. Denn die „Schulden- und Währungskrise“ führt sie auf die vermeintlich „faulen Südländer“ zurück und kulturalisiert und biologisiert/ethnisiert somit die Krise, anstatt die Ursache der Krise in der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu sehen.

Es gibt jedoch keine „deutschen Interessen“. Es sind nur die Interessen der (gehobenen?) Mittelschicht und der Familienunternehmen, aus denen die AfD kommt. Logisch, dass die AfD die Umverteilung „ungerecht“ findet, denn sie geht ja dem\_der geschäftstüchtigen Unternehmer\_in wie auch dem\_der kleinen Sparer\_in an die Tasche. Sie spricht damit irrationale Ängste und unzufriedene bzw. sich betrogen fühlende Deutsche an. So greift die AfD die Sorgen und Zukunftsängste (sozialer Abstieg, Unsicherheit, Fremdheit, Beklaut werden etc.) um den eigenen bzw. den Wohlstand Deutschlands auf. In dem Sinne ist die AfD populistisch.

## **2) Die AfD verkleidet ihre migrationspolitischen Vorstellungen als Menschlichkeit, in Wirklichkeit geht es ihr aber um Verwertbarkeit.**

Die AfD bekräftigt immer wieder, dass sie es richtig finde, „ernsthaft“ politisch Verfolgten Asyl und eine Arbeitsstelle zu bieten. Die Betonung der „ernsthaften“ Verfolgung suggeriert jedoch, dass es viele Personen gäbe, die aus lapidaren Verfolgungsgeschichten Asyl beantragen würden. Somit trötet sie in das Horn des Asylbetrugs und der drohenden Überfremdung und schürt Ängste in der Mitte der Gesellschaft.

Ansonsten will sie eine kontrollierte Einwanderung von Arbeiter\_innen, die der deutschen Wirtschaft nützen (kanadisches Modell). Gegen eine „ungeordnete Zuwanderung in die Sozialsysteme“ spricht sie sich vehement aus, stattdessen sollen sich die Herkunftsländer um die Sozialleistung ihrer Bürger\_innen kümmern, wenn diese keinen Job haben. Dabei argumentiert Lucke mit „Unmenschlichkeit“, „Unwürdigkeit“, d.h. es sei unmenschlich, wenn Menschen ohne oder mit zu geringer Qualifikation nach Deutschland kommen und deshalb hier keinen Job bekommen. Nach dieser Logik sei es menschlicher, sie würden sich erst gar nicht auf den Weg machen. Die AfD übergeht also die Gründe für die Migration nach Deutschland und etikettiert Sozialchauvinismus mit Menschlichkeit. Mit dieser Meinung ist die AfD nicht (mehr) alleine: Die CSU hat mit ihrer Debatte um die Armutszuwanderung aus armen EU-Staaten wie z.B. Rumänien oder Bulgarien in das deutsche Sozialsystem („Wer betrügt, der fliegt“) in diese sozialchauvinistische Suppe noch etwas Antiziganismus gestreut.

Darüber hinaus schreibt die AfD das Wort „Integration“ groß, sie meinen jedoch die klassische Assimilation: Die „kulturelle Ursprungsprägung“ solle abgelegt, die deutsche Identität angenommen werden. Das soll durch eine „attraktive und feste Identität“, deutsche Sprache und Familie erreicht werden. Die vorhandene „sozialstaatliche Versorgung“ sei dabei weniger hilfreich.

## **3) Bei dem Familienbild der AfD wird der reaktionäre und damit antifeministische und heteronormative Kern der Partei offensichtlich, liberale Ansichten finden sich nur bei wenigen Ausnahmen.**

Die bürgerliche Kleinfamilie aus Mutter-Vater-Kind(er) ist laut AfD die Keimzelle der Gesellschaft. Mit dieser Begründung lehnt sie auch Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren ab, die eh nur eine Minderheit darstellen würden.

Aufgrund der Wichtigkeit, die der Familie zugeschrieben wird, fordert die Partei Steuervorteile für Familien sowie die Einführung von Familienwahlrecht und Betreuungsgeld. Doch der Antifeminismus der AfD endet nicht beim Betreuungsgeld, sondern geht teilweise bis zur Forderung nach dem Verbot von Abtreibungen und der Ablehnung von Gender-Mainstreaming ebenso wie der Frauenquote. Vor allem letzteres erfolgt mit der Begründung es wäre zu planwirtschaftlich. Dadurch macht die AfD klar, dass in ihrem Weltbild Sexismus in Wirtschaft und Gesellschaft entweder nicht existiert oder aber nicht beachtenswert sei.

Auch die Bildung sei primär Aufgabe der Eltern. Man wehrt sich gegen angebliche „ideologische Umerziehung“ zum Beispiel durch den gleichgeschlechtliche Beziehungen berücksichtigenden Lehrplan in Baden-Württemberg. Die Übertragung der Bildungsaufgabe auf die Eltern bedeutet aber auch, dass die Bildung der Kinder immer abhängig von der der Eltern ist, die soziale Mobilität also (noch weiter) eingeschränkt ist. Dies erscheint aufgrund der ansonsten wirtschaftsliberalen Ausrichtung der AfD verwunderlich, da liberale Parteien anderswo darauf bedacht sind möglichst jedes „Talent“ der wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen und es ja nicht durch schlechtere Bildungsvoraussetzungen zu verlieren. Hier tut sich ein Widerspruch zwischen den marktliberalen und konservativen Kräften in der AfD auf. Auf der sprachlichen Ebene sind die AfD-Sprachschnipsel „Planwirtschaft“ und „ideologische Umerziehung“ klar anschlussfähig für alles konservative rechts von der CDU.

#### **4) Der Erfolg der AfD wie auch anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa ist ein Zeichen für ein erstarkendes konservatives, rassistisches, nationalistisches, sozialchauvinistisches Selbstbewusstsein in der Gesellschaft und verstärkt dieses Bewusstsein gleichzeitig.**

Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte oder Moscheebauten, in denen Nazis mit Bürger\_innen gemeinsam demonstrieren, der Erfolg von Thilo Sarrazin, Debatten um so genannte „Armutszuwanderung“, die sich vor allem gegen Menschen aus Osteuropa richten und massiv rassistische Klischees über Sinti und Roma reproduzieren, der Wunsch, dass Deutschland in Europa und global eine „wichtigere Rolle“ spielen sollte – in all diesen Vorstellungen manifestieren sich latent rassistische, nationalistische und sozialchauvinistische Einstellungen in Deutschland. Gesellschaftliche Problemlagen werden zunehmend ethnisiert und kulturalisiert und zum Teil auch biologisiert, z.B. bei Sarrazin oder in Genderdebatten.

Auch in anderen Ländern Europas haben sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise nationalistische Einstellungen und der Wunsch nach nationalen Lösungen verstärkt, was sich auch dort in Erfolgen rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien zeigt. Die AfD hat diese Einstellungen nicht neu erfunden, aber sie greift sie auf, kanalisiert sie, verstärkt sie und gibt ihnen in gebündelter Form eine wählbare Stimme. Durch diesen Ausdruck in Form einer Partei, erhalten diese Positionen eine gewisse Machtposition: sie bekommen eine viel größere Reichweite und Medienaufmerksamkeit und wirken glaubwürdiger und plausibler, da sie als eine legitime Position im politischen Diskurs dargestellt werden.

Wichtig ist also sowohl die bereits vorhandenen Einstellungen (auch in anderen Parteien, der Gesellschaft allgemein usw.) zu sehen und überall umfassend dagegen vorzugehen als auch auf die durch die AfD produzierten Haltungen zu reagieren. Dabei soll nicht "mit der Nazikeule" draufgehauen werden - aber es soll klar und differenziert benannt werden was die Themen sind: menschenverachtender Rassismus und Nationalismus, die natürlich weiterhin auch bei NPD und Co. aber eben auch bei der CDU/CSU und anderen gefunden werden können, durch die rechtspopulistische Aufmachung bei der AfD aber besonders gefährlich sind.

#### **5) Mit ihrem radikalen Standortnationalismus verknüpft die AfD soziale mit nationalen Fragen und verstärkt Ausgrenzungstendenzen**

Ausgrenzung und Nationalismus hängen eng zusammen mit einem neoliberalen und kapitalistischen Wirtschaftssystem – da es immer um Wettbewerb, Leistung und Konkurrenzfähigkeit geht, und die, die dabei nicht entsprechend funktionieren als ungleichwertig gelten.

Die AfD betont das Konkurrenzverhältnis des „Standortes Deutschland“ gegenüber den „Anderen“ in der globalisierten Welt bzw. der EU. Diese Vorstellung von einem guten „Wir“ und einem schlechten „Sie“ ist auch in anderen Parteien und in der Öffentlichkeit längst fester Bestandteil.

Dabei nimmt die Identifizierung von „Schuldigen“ für Finanz- und Wirtschaftskrisen eine wichtige Rolle ein: dies sind stets „die Anderen“, die „Faulen, Unfähigen, Nutzlosen“, im Inneren zum Beispiel Sozialleistungsempfänger\_innen oder Migrant\_innen, nach außen hin werden ganze Nationen, wie Griechenland als „faul und unfähig“ bezeichnet. Die AfD präsentiert als Lösung für die Stärkung der „Nationalen Wettbewerbsfähigkeit“ einen Wirtschaftsliberalismus durch weniger Einflussnahme der EU, da diese nur den freien Wettbewerb behindert. Gleichzeitig lädt die AfD das in der Gesellschaft tief verwurzelt Leistungsprinzip rassistisch auf, was die Bezeichnung „Faule Südeuropäer“ auf den Punkt bringt und Eingang in immer mehr öffentlichen Debatten findet.

Die Kategorien Wirtschaft, Politik, Moral etc. lassen sich aber nicht voneinander trennen, weshalb die AfD auch auf anderen Ebenen Nationalismus schürt: Dadurch, dass man sich als „eine Nation“ im Wettbewerb mit anderen Nationen befindet, entsteht ein angebliches „deutsches“ Interesse, ohne dass erklärt würde, was das sein soll. Der konstruierte nationale Innen-Außen-Gegensatz verhindert die Thematisierung von in der Gesellschaft

bestehenden Oben-Unten Gegensätzen und tatsächliche Interessenskonflikte werden verschleiert. Da wo es um soziale Diskussionen gehen müsste, setzt die AfD die nationale Karte ein, was ein gängiges Instrument im Rechtspopulismus ist. Unabhängig von Klasse, Bildung, sozialer Lage soll jede\_r in Deutschland, soviel Leistung wie möglich für die Nation einbringen – wer dies nicht will oder kann soll nicht dazugehören. Diese Argumentation legitimiert praktischerweise gleichzeitig Maßnahmen wie niedrige Löhne, Sozialabbau etc., die als notwendig für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt, ganz im Sinne einer „nationalen und neoliberalen Existenzgemeinschaft“.

## **6) Die AfD hat es in kurzer Zeit geschafft, Rechtspopulismus zur Wahlalternative zu machen.**

Die AfD hat es als parteipolitisches Pendant zu Sarrazin geschafft in kurzer Zeit mit ihren rechtspopulistischen Themen eine große mediale Öffentlichkeit zu erlangen. Der AfD ist dies hauptsächlich mit Hilfe von Facebook und „Der Welt“, sowie zahlreichen Talkshowauftritten gelungen. (Es ist anzunehmen, dass die AfD noch erfolgreicher wäre, wenn die „BILD“-Zeitung sie ebenfalls unterstützen würde). Auf diese Weise haben die AfD und Sarrazin den Rechtspopulismus im öffentlichen Diskurs salonfähiger gemacht. Die AfD bedient sich immer wieder den klassischen rechtspopulistischen Behauptungen im Namen einer „schweigenden Mehrheit“ zu sprechen und die einzige Alternative gegenüber den Politiker\_innen der „etablierten Altparteien“ zu sein und stellt sich als Verteidigerin der Demokratie hin, wenn sie zum Beispiel Volksabstimmung wie in der Schweiz fordert. Auch die Inszenierung des Tabubruches a la „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ ist der typische Politik-Stil der Rechtspopulist\_innen und wird von der AfD immer wieder aufgegriffen. Dabei geht die AfD oft sogar noch weiter und behauptet, dass vereinzelte Themen wie z.B. der „Asylmissbrauch“ nicht von rechten Parteien allein beansprucht werden dürfen und die AfD sich zur Aufgabe gemacht hat diese Themen als demokratische Partei in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

## **7) Die AfD übt mit Hilfe von Populismus Druck auf bestehende Parteien aus, in dem sie marktradikale/nationalkonservative und zugleich strammrechte Positionen verbindet und so einen partei- und gesellschaftspolitischen Rechtsruck entfacht.**

Mit der Gründung der AfD Anfang 2013 mussten sich die politischen Parteien in Deutschland mit einer neuen rechten Mitspielerin arrangieren, die sich neoliberalen Nichtwähler\_innenschaften und Protestwähler\_innen anbietet, aber zugleich Stimmen der CDU, SPD, FDP und auch der Linkspartei abfängt.

Darauf gab es verschiedene Reaktionen in der Parteienlandschaft:

Obwohl die FDP seit dem rigorosen Scheitern nach der Bundestagswahl massiv an Einfluss verloren hat, kann sie sich dank Abschaffung der Prozentklausel auf Europa-Ebene wieder Hoffnung auf Sitze im EU-Parlament machen.

Vor der Europaparlamentswahl grenzt sie sich bewusst von alten FDP-typischen eurokritischen Positionen ab und begreift die „EU als Teil der Lösung, aber nicht des Problems“ und bekundet ein klares „Ja“ zum Euro und Europa.

Die FDP macht sich laut eigenen Aussagen keine Sorgen über mögliche Konkurrenz, da die wertkonservativen Positionen der AfD, die denen der liberalen Ansichten der FDP widersprechen.

Die SPD konstruiert ein abstruses Bündnis aus AfD und Linkspartei, die gemeinsam Hetze gegen Europa führen würden, ohne die fundamentalen Unterschiede der Kritik an EU von links und rechts herauszuarbeiten.

Zwar gibt sich die CDU selbstbewusst und verkündet das Ziel, die AfD unter 3 Prozent zu drücken, macht sich aber mit Sicherheit die meisten Gedanken über einen möglichen Wahlverlust durch die AfD.

Zum einen gibt es da den seit mehr als einer Legislaturperiode anhaltenden - an den Maßstäben der CDU- eher liberalen Kurs von Merkel, zum anderen den Berliner

Konservativen Kreis, der parteiinternen Druck nach rechts ausübt: Die CDU führe einen sozialdemokratisierten Wahlkampf und dürfe die Wähler\_innen nicht rechts liegen lassen und ihr konservatives Profil verlieren.

Diese Angst überwiegt in der Partei und gipfelte zum Jahreswechsel 2013/14 in der offen rassistischen und antiziganistischen Kampagne der Schwesterpartei CSU zum selbstbetitelten Thema „Armutszuwanderung“: „Wer betrügt, der fliegt!“.

Obwohl die CDU/CSU natürlich schon öfter durch rassistische Aussagen auffiel, bediente sie sich damit einem offen populistischen Politikstil, der sicherlich auch durch eine am rechten Rand lauernde AfD zu erklären ist.

### **8) Die AfD will das „euroskeptische“ Lager vereinen und nimmt dafür rassistische, antisemitische und menschenverachtende Äußerungen billigend in Kauf.**

Innerhalb der AfD sind drei Flügel auszumachen: Ein marktradikaler-neoliberaler Flügel um Bernd Lucke, ein national-konservativer um Peter Gauland und Frauke Petry und ein rechtspopulistischer. Als Ursprung dieser Zusammensetzung ist die Parteigründung zu sehen, bei der gezielt euroskeptische Parteien und Gruppierungen (z.B. Freie Wähler, Partei der Vernunft...) angesprochen wurden, um das euroskeptische Lager zu einen. Folglich setzt sich die Partei vorrangig aus marktradikalen Volkswirtschaftsprofessor\_innen, reichen Familienunternehmer\_innen, die vom Kurs der CDU enttäuscht sind, sowie ehemaligen Mitgliedern der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und den „Republikanern“ zusammen. Dabei spielen aber gerade Einzelpersonen wie z.B. Beatrix von Storch eine große Rolle, da diese mit ihrem Verein „Zivile Koalition“ eine Vielzahl von meinungsmachenden Webseiten und Initiativen (FreieWelt.net, Familien-Schutz.de, Bürgerrecht Direkte Demokratie, Initiative echte Reformen) beherbergt.

Diese widersprüchliche Vielfalt spiegelt sich dementsprechend in Aussagen/Pressemitteilungen von Einzelpersonen bzw. Landesverbänden, abhängig von der innerparteilichen Ausrichtung, wieder. Hierbei reicht das Spektrum von konservativen bis hin zu offenen rassistischen Statements, wobei letztere meistens umgehend von oberster Stelle (Bernd Lucke) verharmlost bzw. relativiert werden. Dieser „Schlingerkurs“ dient der Anschlussfähigkeit bis ins strammrechte Milieu, wobei auf europäischer Ebene versucht wird, ein seriöses und konservatives Image zu pflegen. Dies zeigt sich in der Absage einer Fraktionsbildung mit z.B. der französischen Partei „Front National“ oder auch der niederländischen Partei „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders. Diese Absage dient der schon eben erwähnten Wahrung des seriösen Images, um so besonders für enttäuschte CDU-Wähler\*innen attraktiv zu bleiben.

### **9) Die AfD will den deutschen Nationalismus in Europa stärken, das „Europa der Vaterländer“ bzw. der „Staatenbund souveräner Nationalstaaten“ soll vor allem deutschen Interessen dienen, dafür muss der Kern der Europäischen Union, der gemeinsame Binnenmarkt, aber so bleiben, wie er ist.**

Die AfD hat bisher keine einheitlichen, konsistenten europapolitischen Vorstellungen. Vor allem die Tradition christlich-abendländischer Kulturen und der Aufklärung seien Wertegrundlagen der EU, die aber gleichwohl keine Grundlage für europäische Identitäts-, Nations- oder gar Staatsbildung sein könnten. Damit begründet die AfD vor allem eins: am wichtigsten Pfeiler der EU, dem gemeinsamen Binnenmarkt, darf nicht gerüttelt werden, alles andere Sozial-, Kulturell- oder sonstige Integrative muß weder von allen getragen noch bezahlt werden.

Ursprünglich angetreten ist sie mit monetaristischer Kritik und protektionistischen Konsequenzen und hat damit einen Nerv getroffen. Mittlerweile hat sie sich aber zu vielen anderen Themen verhalten (müssen) und es damit unter anderem geschafft, ihre anfängliche plump-populistische Euro(pa)-Kritik zu relativieren. Lange Zeit war keine Rede

mehr von der „geordneten Auflösung“ der Währungsunion oder dem direkten Rausschmiss einiger Länder. Ein rigiderer Sparkurs der nationalen Haushalte, die Renationalisierung verschiedener Kompetenzen und der Abbau der EU-Bürokratie waren im folgenden die, freilich nicht mehr so schillernden, Schlagworte. Auf ihrem 2. Bundesparteitag wurde die Abschaffung des Euro dann doch wieder gefordert, diesmal nur andersrum, daß nämlich die „stabilitätsorientierten“ Länder das Recht haben müssten, einen eigenen Währungsraum zu begründen, andernfalls Deutschland eben aussteigen müsste.

Natürlich ist den vielen Professoren und Juristen nicht entgangen, daß Deutschland gerade auch in den Wirtschafts-, Währungs- und Staatsschuldenkrisen von der Währungsunion profitiert hat. Und hier versöhnen sich vielleicht auch die neoliberalen mit den nationalkonservativen Positionen. Solange das meiste für Deutschland rausspringt, man anderen Ländern immer wieder zeigen kann, wer das Sagen hat, und möglichst viel Entscheidungsmacht behält, solange kann das neoliberale europäische Projekt gerne weitergehen.

Eine offene Frage ist, auf welche Fraktion der europäischen Rechten sich die AfD im Rahmen des neu gewählten Europäischen Parlaments beziehen wird. Letzten Aussagen zufolge will die AfD auch in dieser Frage eine moderate, wenig angreifbare Option wählen, namentlich die Allianz der europäischen Konservativen und Reformisten (AECR). Die AECR ist bisher weder als Fraktion noch durch seine Mitgliedsparteien besonders auffällig geworden. Ein kleiner Treppenwitz dürfte aber wohl sein, daß die türkische Regierungspartei AKP darin Mitglied ist. Kurz vor seiner Ernennung zum zweiten Spitzenkandidaten zur EP-Wahl musste Hans-Olaf Henkel noch seiner jahrelangen Forderung nach einem EU-Beitritt der Türkei abschwören. In der Parteiengruppe sind allerdings mehrere Türkei-kritische Parteien vertreten, was wiederum für ihre europapolitische Inkonsistenz spricht.

Zwar sind die realpolitischen Einflussmöglichkeiten im EP eher begrenzt. Trotzdem dürfte ein Erstarren rechts-konservativer Fraktionen sicher mehr als graduelle Unterschiede machen und einige Bedeutung sowohl für die Arbeit des EP als auch für die Mitgliedsparteien und ihre Anhänger in den jeweiligen Ländern haben.

stand: 28.4.2014